

15.03.2023

Sperrfrist: Mittwoch, 15.03.2023, 15 Uhr

*Es gilt das gesprochene Wort.*

## **Haushaltsrede zum Haushalt 2023 des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Ludwigshafen, David Guthier**

Anrede

### **1. Einleitung: Rückblick auf ein etwas anderes Haushaltsverfahren - eingeschränkte Handlungsfähigkeit in haushaltsfreier Zeit**

Das Haushaltsverfahren 2023, das heute mit der abschließenden Beratung des Stadtrates und dem vorliegenden Satzungsbeschluss zu Ende geht, ist anders als in den Vorjahren. Bereits kurz nach der Haushaltseinbringung im vergangenen Jahr hat die ADD **substantielle Verbesserungen** eingefordert. Damit wurde nicht nur der ursprünglich vorgesehene Zeitplan überholt, sondern es war auch klar, dass als Voraussetzung für eine Haushaltsgenehmigung deutliche **Konsolidierungsanstrengungen** notwendig sind. Die Verwaltung hat deshalb Ende Januar zwei Verbesserungs-/Einsparlisten vorgelegt. Mit der Verzögerung einher ging und geht immer noch die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Verwaltung in den zurückliegenden Wochen. Ausgaben, die nicht gesetzlich oder vertraglich zwingend erforderlich sind, durften nicht getätigt werden. Dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur unserer Stadt wurden dadurch verzögert.

### **2. Investitionen in die Zukunft Ludwigshafens**

Ich möchte hier vor allem auf Investitionen in unsere **Bildungsinfrastruktur** hinweisen, die im investiven Teil des Haushalts geplant sind: 5,7 Millionen Euro für die Sanierung der Albert-Schweitzer-Schule, 3 Millionen für die Erweiterung der Brüder-Grimm-Schule, 5 Millionen für die Sanierung der Anne-Frank Realschule Plus, 3,8 Millionen für die IGSLÖ in Oggersheim, ebenfalls 3,8 Millionen für die Aufstockung der Blieschule, 3,7 Millionen, um die Schillerschule Oggersheim auch baulich für den Betrieb als Ganztagschule auszustatten, und 5 Millionen für das Berufsschulzentrum an der Blies, sowie 2,8 Millionen für den Neubau der Kita in der Schilfstraße in Maudach.

Weiter möchte ich auf die geplanten Investitionen in **klimafreundliche Mobilität** hinweisen: Gut 35 Millionen für den Erhalt der Gleisinfrastruktur und die Sanierung und den barrierefreien Ausbau der Haltestellen im ÖPNV, über 12 Millionen für den Radverkehr. Meine Damen und Herren, beides sind wichtige Positionen, die deutlich machen, dass wir trotz angespannter Haushaltssituation Rad, Bus und Bahn weiter stärken wollen! Die SPD Fraktion unterstützt dies ausdrücklich, wir stehen zur Verkehrswende, wir stehen zur Stärkung klimafreundlicher Mobilität!

Klar ist für uns aber auch und auch dafür sind Investitionen in Höhe von gut 90 Millionen Euro eingestellt: Die SPD-Stadtratsfraktion steht zum möglichst schnellen **Lückenschluss bei der Hochstraße Süd und wir wollen auch die Realisierung der Helmut-Kohl-Allee**, die in Verbindung mit der Entwicklung der neuen City West das wichtigste Stadtentwicklungsprojekt der nächsten beiden Jahrzehnte sein wird. Wir wollen die City West als grünes, möglichst klimaneutrales Stadtquartier mit guter sozialer Durchmischung entwickeln!

Voraussetzung für die Realisierung beider Projekte ist eine Finanzierungslösung, bei der die Stadt nicht überfordert werden darf und Bund und Land gemeinsam den Löwenanteil übernehmen. Für uns als SPD-Stadtratsfraktion ist außerdem klar: Die Finanzierung dieser beiden für die gesamte Region bedeutenden Verkehrsprojekte darf nicht dazu führen, dass Mittel an anderer Stelle im städtischen Haushalt fehlen. Wir erwarten, dass das Land uns davon freistellt, den städtischen Eigenanteil für diese Projekte innerhalb des städtischen Haushalts refinanzieren zu müssen, weil wir hier nicht für Ludwigshafen, sondern für die wirtschaftliche Prosperität der gesamten Region arbeiten!

### **3. Der Spagat: Genehmigungsfähiger Haushalt - Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts**

Die genannten Investitionsvorhaben im Finanzhaushalt, aber auch viele andere im Ergebnishaushalt geplante Aufwendungen, z.B. Zuschüsse für Sportvereine oder Sozialverbände zeigen deutlich, dass der Zustand der haushaltsfreien Zeit der Worst Case für Ludwigshafen ist, für die Vereine und Institutionen in unserer Stadt, für Sozialverbände, die Wirtschaft oder auch Kulturinitiativen, die auf Unterstützung und die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit der Stadt angewiesen sind. Und damit eben auch für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die wieder Planungssicherheit brauchen. **Heute geht es deshalb um nicht weniger, als um die Rückgewinn von Handlungsfähigkeit und Planungssicherheit.**

**Genau deshalb gilt es den Spagat zu bewältigen, einerseits einen für die Finanzaufsicht genehmigungsfähigen Haushalt mit Konsolidierungsmaßnahmen und damit substantiellen haushälterischen Verbesserungen zu verabschieden, aber andererseits Mittel bereitzustellen, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt gewahrt bleibt.**

### **4. Rote Linien beim Konsolidieren**

Auch wenn keiner die Notwendigkeit zu sparen leugnen kann, weiß die SPD-Fraktion: Für unser Gemeinwesen gibt es rote Linien.

Der soziale Bereich und der Kulturbereich sind für unser Grundverständnis einer gerechten und sozialen Gesellschaft von größter Bedeutung. Es geht um nicht weniger als um ein gutes Leben - und die Frage, was eine Kommune leisten kann und leisten muss.

Der Staat und auch die Kommunen sind keine "Voll-Versorger", aber sie stehen in der Pflicht, Zugänge und Lebens-Chancen für jeden einzelnen Menschen nach Kräften zu ermöglichen. **Das ist Kern unserer sozialdemokratischen Überzeugung.**

Deshalb steht die SPD-Stadtratsfraktion zum Weiterbetrieb des „**Sleep Inns**“ für Obdachlose, genauso wie zum ÖPNV-**Sozialticket!** Einsparungen auf Kosten der Ärmsten lehnen wir ab!

Deshalb wollen wir im Hemshof ein **Quartier sozialer Zusammenhalt** entwickeln, um hier vor Ort zu klaren Verbesserungen zu kommen. Deshalb halten wir es für dringend geboten, dass die offene Stelle der **Straßensozialarbeit in Mundenheim** so schnell wie möglich wieder besetzt wird.

Deshalb wollen wir, dass Aufwendungen in den **Gebäudeunterhalt unserer Schulen** getätigt werden. Im gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und CDU findet sich hierzu, die Ernst-Reuter-Schule. Lassen sie mich an dieser Stelle deutlich klarstellen: Die anderen Schulmaßnahmen des Bereichs Gebäudeunterhalt, die sich auf der Einsparliste der Verwaltung wiederfinden, sind im Unterschied zur Ernst-Reuter-Schule nur aus einem einzigen Grund nicht Bestandteil des Änderungsantrages. Nämlich deshalb, weil Baudezernent Thewalt und der zuständige Bereichsleiter bei den Beratungen im Hauptausschuss erklärt haben, dass eine Umsetzung der anderen Maßnahmen in 2023 mangels personeller Ressourcen nicht umsetzbar seien.

Auch wenn die Grenzen der sogenannten öffentlichen Daseinsfürsorge verhandelbar sein mögen, sind wir doch längst auf dem **Stand gesellschaftlicher Entwicklung, der Zugang zu Bildung als Recht für alle** versteht.

Die Schließung von **Stadtteil-Bibliotheken** als wichtiger Ort für Bildungschancen kann von daher kein Sparziel sein - es sei denn, wir finden bessere Lösungen für entsprechende Angebote in den Stadtteilen, sprich in fußläufiger Entfernung für Kinder oder Mobilitätseingeschränkte.

Im bundesweiten Vergleich stehen wir mit den städtischen **Ausgaben für Kultur** im untersten Bereich. Eine Stadt mit einer derart diversen Bevölkerung ist in hohem Maße auf öffentliche Erlebnisse, Events, Veranstaltungen, Feste usw. angewiesen, die gemeinschaftliche Erfahrungen ermöglichen. Wir brauchen gemeinsame Freude, Möglichkeiten uns als Teil eines Gemeinwesen zu verstehen - auch vor dem Hintergrund der Pandemie und deren sozialen Folgeschäden, die wir längst noch nicht übersehen können.

Die SPD Fraktion wird vielen Sparvorschlägen der Verwaltung nur mit Bauchgrimmen zustimmen. Wir sind davon überzeugt, dass es im Hinblick auf eine gute Zukunft notwendig sein wird, den sozio-kulturellen Bereich zu stärken. Das bedeutet auch, dass wir das Konzept für die kommunale Kulturarbeit überprüfen und ggf. auf die Füße stellen müssen. Und ja: Das macht es auch notwendig, über die Verteilung finanzieller Mittel zu diskutieren, über die Öffnung der städtischen Kultureinrichtungen und über neue kooperative Formen. Im Kulturbereich spricht man seit einigen Jahren von Kollaboration. Ich weiß, dass dieses Wort für viele historisch belastet ist. Die "neue" Verwendung hat sich in der kulturpolitischen Diskussion aber europaweit durchgesetzt, weil sie dafür steht - und das hat auch für uns in Ludwigshafen größte Bedeutung - dass es **neue Formen der gesellschaftlichen Zusammenarbeit** geben muss, damit all die großen anstehenden Herausforderungen gelöst werden. Ich könnte ihnen jetzt eine ganze Reihe von Beispielen vorstellen - vom Urbanen Gardening-Projekt zur Flüchtlingsarbeit, vom Stadtteilstfest bis hin zu Kulturförderprojekten wie Jazz am Rhein, Bliesfestival oder Inselfommer, die zeigen, dass alte Förderstrukturen alleine nicht reichen. Es geht um ein besseres Zusammenspiel der gesellschaftlichen Kräfte. Mit dem Hausrat hat das Kulturbüro z.B. einen neuen Weg der Beteiligung eingeschlagen; der Hack-Museumsgarten hat wie keine Kunstaktion zuvor die Türen zum Museum für die Bevölkerung geöffnet.

## **5. Schluss: Gemeinsam, verantwortungsbewusst für eine solidarische Stadt**

Das Engagement viele Bürgerinnen und Bürger in der Debatte um Sparschritte hat gezeigt, dass es viele gibt, die bereit sind, sich für das öffentliche Wohl für eine solidarische Stadtgesellschaft einzusetzen. Diese Bereitschaft der Bürger:innen unserer Stadt braucht Strukturen, die ein Zusammenspiel von Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und auch Wirtschaft ermöglichen. Daran wird in den unterschiedlichen Bereichen gearbeitet, dafür bedanken wir uns und bitten um Weiterentwicklung.

Lassen Sie mich zum Schluss noch meinen Dank ausdrücken: Stellvertretend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung an den Kämmerer Andreas Schwarz und seinen noch relativ neuen Bereichsleiter Herrn Scarmato, aber auch den Fraktionen im Rat für die konstruktiven Beratungen zuletzt im Hauptausschuss und natürlich den bereits angesprochenen engagierten Bürger:innen.

Nur gemeinsam und solidarisch bringen wir die Stadt voran. Die SPD arbeitet weiter verantwortungsvoll und sachorientiert daran mit und wird dem Haushalt, vorbehaltlich der Annahme des gemeinsam mit der CDU gestellten Antrages, zustimmen.